

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

36. Jahrgang

Fischer

Berlin, den 17. Juli 1969

Nummer 29

Zur Wirtschaftslage

Weltwirtschaft im Zeichen restriktiver Kreditpolitik

Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen stehen unter dem Eindruck der in den Defizitländern ergriffenen geld- und kreditpolitischen Maßnahmen. Ihre Ziele sind Dämpfung der binnenwirtschaftlichen Nachfrage und Beeinflussung der internationalen Kapitalströme, ihre Folge ein weltweit steigendes Zinsniveau. Schon versuchen einige europäische Volkswirtschaften, sich den Rückwirkungen dieser Restriktionspolitik auf ihre Zahlungsbilanzen, aber auch auf die Angebot-Nachfrage-Verhältnisse an den nationalen Kapitalmärkten dadurch zu entziehen, daß sie Kapitalabflüsse erschweren — vor allem durch administrative Maßnahmen. Der Entschluß der *Vereinigten Staaten*, im Ausland — in erster Linie am Euro-Dollar-Markt — aufgenommene Mittel ebenso wie heimische Einlagen der Reservepflicht zu unterwerfen, dürfte ohne größeren Einfluß auf die zwischenstaatlichen Kapitalbewegungen bleiben, da Banken und Wirtschaft in den USA bereit sind, sich zu hohen Zinssätzen zu verschulden. Hier wird ein Wandel wohl erst eintreten, wenn die konjunkturelle Abschwächung den Bedarf an Fremdmitteln reduziert und die amerikanische Wirtschaft auf die Hereinnahme von Auslandskrediten zu überhöhten Zinsen verzichtet. Allerdings muß befürchtet werden, daß mit den Kapitalrückflüssen auch wieder der Druck auf den Dollarkurs zunimmt. Die Bemühungen der *Vereinigten Staaten*, eine Entscheidung über die Gewährung von Sonderziehungsrechten in einer Höhe von mehreren Milliarden Dollar durchzusetzen,

sollte daher nicht nur unter dem Aspekt eines eventuellen Mangels an internationaler Liquidität, sondern auch im Hinblick auf die Störungen gesehen werden, mit denen auf den internationalen Devisenmärkten weiterhin zu rechnen ist.

Die vorläufige Beibehaltung der Ergänzungsabgabe auf Einkommen- und Gewinnsteuern in voller Höhe würde zusammen mit dem Fortfall der Investitionszuschüsse ein weiteres Anziehen der Kreditschraube in den USA überflüssig machen. Die Stimmen, die vor den Folgen einer Überbeanspruchung dieses Instruments warnen, mehren sich, zumal die Bauindustrie die Auswirkungen der Restriktionen schon zu spüren bekommt.

Die konjunkturelle Verlangsamung hat nicht nur eine gewisse Entspannung am Arbeitsmarkt gebracht; sie hat erstmals nach einer langen Periode steter Zunahme auch zu einem Rückgang des Ausstoßes je Beschäftigtenstunde geführt, wodurch die Möglichkeit zur Absorbierung der weiter steigenden Lohnkosten geschmälert wird. Bei einer Überschubbildung der öffentlichen Hand und der nicht zuletzt dadurch bedingten rückläufigen Auslastung der Kapazitäten hat sich die Gewinnlage der Wirtschaft nachhaltig verschlechtert — ein Umstand, der kaum geeignet sein dürfte, langfristige Anlage suchendes Auslandskapital anzuziehen. Hierauf können die USA zum Ausgleich ihrer Basisbilanz aber um so weniger verzichten, als sich die Leistungsbilanz trotz der Wachstumsabschwächung bisher nicht verbessert, sondern im Jahresvergleich

eher verschlechtert hat. So erreichte der Überschuß im Außenhandel im Durchschnitt der ersten fünf Monate dieses Jahres — saisonbereinigt — mit monatlich 25 Mill. \$ nur etwa ein Drittel der monatlichen Überschüsse des Vorjahres und weniger als 10 vH der monatlichen Überschüsse der Jahre 1966 und 1967.

In Großbritannien sind die kreditpolitischen Restriktionen im Zusammenhang mit den jüngsten Stützungsaktionen des Pfundes verschärft worden. Es ist zu befürchten, daß sich die fortschreitende Verknappung und Verteuerung von Fremdmitteln auch auf die Durchführung von Investitionsvorhaben negativ auswirken wird, deren Zunahme 1969 gegenüber 1968 im Bereich der verarbeitenden Industrie zur Zeit auf 7 bis 8 vH veranschlagt wird. Dies wäre um so bedauerlicher, als sich derzeit Kapazitätsengpässe in wichtigen Industriezweigen bemerkbar machen, die — wie der Maschinenbau — endlich Anschluß an die Auslandskonjunktur gefunden haben. Auch die in diesen Tagen in Kraft getretene Anhebung der Beschäftigtensteuer wird ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn die Dienstleistungsbetriebe rationalisieren und Arbeitskräfte freisetzen, also zusätzlich investieren, und diese Maßnahmen nicht zum Anlaß von Preiserhöhungen nehmen.

Die Nachricht, daß die Exporte im Laufe der ersten Monate des Jahres statistisch nur unzulänglich erfaßt und in der laufenden Bilanz anstelle des ausgewiesenen Defizits geringe Überschüsse erzielt worden seien, darf indessen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die von der Abwertung erhofften Exporterfolge hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind und darüber hinaus durch die anhaltenden Preissteigerungen zunehmend in Frage gestellt werden. Diese Preissteigerungen bezifferten sich, gemessen an den Lebenshaltungskosten, auch im April und Mai im Vorjahresvergleich auf mehr als 5 vH.

Die Vorstellung, daß sich mit dem Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eine baldige Konsolidierung seiner außenwirtschaftlichen Lage vollziehen würde, hat zur Voraussetzung, daß die englische Regierung bereit ist, die heimische Industrie dem verstärkten Konkurrenzkampf der übrigen Mitgliedsländer auszusetzen, was einen schmerzhaften Anpassungsprozeß zur Folge haben dürfte. Das aber erscheint in der gegenwärtigen politischen Konstellation ebenso wenig wahrscheinlich wie eine Änderung im Verhalten der Wirtschaftsgruppen.

Die französische Wirtschaft steht gegenwärtig im Zeichen einer vollen Auslastung der industriellen Kapazitäten und einer geringen Angebotselastizität am Arbeitsmarkt. Wenngleich die neue Regierung ihre vordringliche Aufgabe darin sehen dürfte, die binnenwirtschaftliche Nachfrage einzudämmen, so wird sie sich kaum für eine scharfe Deflationskur entscheiden. Da sie aber auch Abstand von Preis- und Lohnkontrollen nehmen dürfte, wird sie bestrebt sein müssen, über die Einnahmen-Ausgaben-Gestaltung der öffentlichen Hand im Haushaltsjahr 1970 bremsend zu wirken. Gleichzeitig könnte sie durch Auflegung einer neuen Staatsanleihe die Abschöpfung von liquiden Mitteln in Betracht ziehen.

Die kräftige Expansion der Binnennachfrage ist begleitet von nachhaltigen Preissteigerungen; so übertrafen die Großhandelspreise im Mai ihren Vorjahrsstand um 9 vH, die Lebenshaltungskosten um 6,5 vH. Dabei wird die Verteuerung der Lebenshaltung von dem Index nur unzureichend widergespiegelt. Die Stundenlöhne lagen im ersten Quartal um etwa 15 vH über dem Stand des Vorjahres, doch hat sich der Anstieg der Stundenlöhne seit Herbst vorigen Jahres stark verlangsamt und dürfte gegenwärtig geringer sein als der Preisauftrieb. Angesichts der Enge des Arbeitsmarktes, die jetzt schon zu hohen außertariflichen Zuwendungen führt, sowie der großen Produktivitätsfortschritte und schnell expandierenden Gewinne ist nach der Sommerpause eine neue Lohnwelle zu erwarten.

Trotz stark steigender Exporte hat sich bei zunehmenden Rückgriffen auf das ausländische Warenangebot die französische Handels- und Leistungsbilanz weiter passiviert. Dabei dürften Importe aus Furcht vor einer Wechselkursänderung zeitlich vorgezogen worden sein und teilweise einer Auffüllung der Lager gedient haben. Kapitalabflüsse — die langfristige Kapitalbilanz war 1968 erstmals seit 12 Jahren negativ (in Höhe von 700 Mill. \$) — zehrten zusätzlich an den französischen Währungsreserven. Erst in allerjüngster Zeit konnte Frankreich wieder Kapitalzuflüsse registrieren, nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Kreditverknappung und -verteuerung im Inland.

Eine Abwertung des Franc würde gegenwärtig größere Schwierigkeiten mit sich bringen als die Änderung der Wechselkursparitäten im Jahre 1958. Über die EWG-Agrarmarktordeung werden die Nahrungsmittelpreise Frankreichs heute bei einer eventuellen Abwertung anders als vor Jahren unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen; eine spürbare

Verteuerung der im Budget der französischen Haushalte sehr wichtigen Lebensmittel würde zu vermehrten Lohnforderungen Anlaß geben und die Preisvorteile der Abwertung gefährden, zumal kaum damit gerechnet werden kann, daß die Gewerkschaften bei einer auch nur annähernd so deflatorischen Wirtschaftspolitik wie 1958 stillhalten würden.

In *Italien* setzt sich die Expansion ungebrochen fort. Nach neuesten Schätzungen wird das Brutto-sozialproduktswachstum 1969 real mit 6,5, nominal auf 9 vH veranschlagt. Die günstige Absatzlage und die ebenfalls positiven Absatzerwartungen schlagen sich zunehmend auch in den Investitionsaufwendungen der Unternehmer nieder, die mit Zuwachsraten von nominal rund 15 vH weit überdurchschnittlich zunehmen werden.

Die am 1. Juli 1969 verfügte Diskonterhöhung¹ von 3,5 auf 5 % — die erste seit 11 Jahren — ist in erster Linie als eine Reaktion auf den internationalen Zinsanstieg zu sehen; sie soll neben administrativen Maßnahmen dazu beitragen, den Kapitalabfluß einzudämmen, der in den Monaten Januar bis April dieses Jahres mit 1 Mrd. \$ doppelt so hoch wie im Vorjahr war und damit die Lei-

stungsbilanzüberschüsse übertraf. Aber auch die binnenwirtschaftlichen Rückwirkungen dieser zunächst zahlungsbilanzorientierten Zinspolitik dürften erwünscht sein. Die kräftige Nachfrageexpansion hat in jüngster Zeit die Preise in Bewegung gebracht. Die Lebenshaltungskosten stiegen allein im April um 0,5 vH; die Großhandelspreise zogen im gleichen Monat sogar um 0,7 vH an. Im Vorjahrsvergleich ergeben sich damit allerdings erst Preissteigerungen von 1,9 bzw. 1,6 vH.

Von dieser Entwicklung blieben auch die Löhne nicht unberührt. Sie stiegen nicht nur in Zusammenhang mit der „scala mobile“, sondern auch unter dem Einfluß der regeren Nachfrage heimischer und ausländischer Unternehmen. Daß die Position der Gewerkschaften stärker geworden ist, zeigen auch die streikbedingten Arbeitsausfälle, die im ersten Quartal 1969 mehr als dreimal so hoch waren wie im entsprechenden Quartal 1968. Allerdings birgt die jüngste politische Entwicklung die Gefahr einer Verschlechterung des wirtschaftlichen Klimas, die zu einer Revision der Investitionspläne und damit zu einem konjunkturellen Rückschlag führen könnte.

¹ Nur für Wechsel, die ein bestimmtes Kontingent überschreiten.

Zwei Jahre Expansion in der Bundesrepublik

Das Sozialprodukt im ersten Halbjahr 1969

Der konjunkturelle Aufschwung in der Bundesrepublik, der Mitte 1967 eingesetzt hatte, läßt sich zwar noch nicht bis zur Jahresmitte 1969 exakt in Zahlen fassen. Die vielen Einzelinformationen runden sich aber soweit zu einem Gesamtbild, daß dieser Bericht von Ergebnissen der Sozialproduktrechnung des DIW für das erste Halbjahr 1969 ausgehen kann.

Basierend auf den Berechnungen für das erste Quartal zeichnet sich für das erste Halbjahr 1969 ein Zuwachs des nominalen Sozialprodukts um reichlich 11 vH ab. Da sich verschiedene Preisanhebungen im Zusammenhang mit der Einführung der Mehrwertsteuer im Vorjahrsvergleich nicht mehr ausgewirkt haben, ging der gesamtwirtschaftliche Preisanstieg — wie im zweiten Halbjahr 1968 — nur wenig über 2 vH hinaus; der reale Zuwachs des Brutto-sozialprodukts betrug also rund 9 vH.

Erstmals seit langem hatte die Beschäftigungskomponente mit + 2 vH relativ großen Anteil am realen Produktionszuwachs. Rund eine halbe Million Menschen fand innerhalb eines Jahres zusätzlich einen Arbeitsplatz. Die verarbeitende In-

dustrie allein nahm über 400 000 Arbeitskräfte auf (+ 6 vH). Gleichzeitig halbierte sich die Zahl der Arbeitslosen und kamen rund 300 000 Gastarbeiter ins Land. Wegen der hohen Auslastung des Arbeitskräftepotentials kann die Beschäftigung jetzt nur noch in dem Maße zunehmen, wie ausländische Arbeitskräfte gewonnen werden können.

Beachtlich ist, daß sich der schnell steigende Arbeitseinsatz bis in das Jahr 1969 hinein nur wenig auf die günstige Produktivitätsentwicklung ausgewirkt hat. In der verarbeitenden Industrie fiel der Höhepunkt des Produktivitätsanstiegs — in Jahreszuwachsraten — zwar schon in das vierte Quartal 1967. Dann wechselten sich aber im Quartalsdurchschnitt bis zum ersten Quartal 1969 Wachstumsraten zwischen 9 und 8 vH ab. Erst im zweiten Quartal 1969 scheint der Leistungszuwachs je Arbeiterstunde tendenziell kleiner geworden zu sein. Indirekt kommt darin zum Ausdruck, daß die Industrie keine nennenswerten freien Kapazitäten mehr hat. Nach Ausschöpfung der Reserven bestimmt wieder das Kapazitätswachstum — und

damit das Ausmaß der Neuinvestitionen — den Expansionsspielraum. Die Investitionsneigung der deutschen Unternehmen ist groß; sie muß jedoch über längere Zeit zu kräftig steigenden Investitionsaufwendungen führen, damit die in der Rezession eingetretenen Ausfälle wettgemacht werden können und die Kapazitäten auch längerfristig mit einer Jahresrate von + 6 vH wachsen. Nur dann werden die Voraussetzungen für ein auch mittelfristig befriedigendes Tempo des Wirtschaftswachstums — wie es das Stabilitätsgesetz vorschreibt — geschaffen werden können.

Wachstum und Preisentwicklung in der Industrie

Die rege Nachfrageentwicklung führte in kurzer Zeit zur Vollbeschäftigung von Arbeitskräften und maschinellen Kapazitäten. Erst in der letzten Phase des Aufschwungs sind jedoch die konjunktur reagiblen Preise merklich gestiegen. Ausgehend vom Preisniveau Mitte 1966 stieg der Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte bis Mitte 1969 im Inlandabsatz brutto — d. h. einschließlich Mehrwertsteuer — um 5 vH. Sowohl die Einführung der Mehrwertsteuer im Januar als auch ihre Heraufsetzung im Juli 1968 äußerte sich deutlich in sprunghaften Preisausschlägen. Die steuerlich bedingten bzw. durch die Steuerrechtsänderung ausgelösten Erhöhungen addieren sich überwiegend auf fast 5 vH, bei Nahrungs- und Genußmitteln aufgrund des geringeren Steuersatzes auf 3 vH.

Es ist festzustellen, daß zwar seit Mitte 1968 die industriellen Erzeugerpreise steigen, daß bisher jedoch lediglich die in der Rezession eingetretenen Preissenkungen ausgeglichen wurden. Damit produzierte die verarbeitende Industrie bei — bereinigt — gleichem Preisniveau ungefähr 20 vH mehr als 1966. Ausgehend von Mitte 1967 stieg die Produktion innerhalb von zwei Jahren um ein volles Viertel bei 1,5 vH Preissteigerungen (ohne den Effekt der Mehrwertsteuer).

Das Ergebnis fällt indes weniger positiv aus, wird nur der letzte Abschnitt des zweijährigen Aufschwungs betrachtet. Der Produktivitätszuwachs wird schwächer; die industriellen Erzeugerpreise steigen im Inlandabsatz mit einer durchschnittlichen Jahresrate von rund 2 vH. Die Relation zwischen Produktions- und Preisanstieg hat sich verschlechtert — und sie wird sich vorerst weiter verschlechtern. Vermutlich wird man Mitte 1970 dennoch zu konstatieren haben, daß die in-

dustriellen Erzeugerpreise in drei Jahren (wiederum ohne Mehrwertsteuereffekt) um rund 4 vH zunahmen, während die Produktion — ohne verstärkte Restriktionen — im gleichen Zeitraum um 30 vH gewachsen ist. Die durchschnittliche Preissteigerungsrate wäre dann ebenso groß wie im Zeitraum 1960 bis 1965, die durchschnittliche Wachstumsrate aber größer als damals. Dieser Vergleich bietet sich an, da auch von 1960 bis 1965 die Produktion um knapp ein Drittel zunahm.

Zuwachsraten in der verarbeitenden Industrie

Zeit	Produktionsindex	Preisindex	Relation
1960 — 1965	+ 32	+ 7	4,6 : 1
1967 — 1970 ¹⁾	+ 30	+ 4	7,5 : 1

¹⁾ Schätzung für das 2. Hj. 1967 bis zum 1. Hj. 1970; davon 25 vH Produktionszuwachs bis Mitte 1969 realisiert.

Nachholende Investitionssteigerungen

Auch im ersten Halbjahr 1969 hat der Aufschwung noch keineswegs zu einer ausgewogenen Struktur des Sozialprodukts geführt. Auf der Entstehungsseite erreichte zwar die Industrie — nach zwei Jahren mit weit überdurchschnittlicher Produktionssteigerung — wieder einen hohen Anteil am nominalen Sozialprodukt. Auf der Verwendungsseite genügte aber nach den Ausfällen in den Vorjahren selbst ein Zuwachs der Ausrüstungen um rund ein Drittel nicht, um ihren Anteil an der Güterverwendung auf das frühere Niveau anzuheben. Der Anteil der Bauinvestitionen ist sogar nochmals kleiner geworden. Dies lag zwar zum großen Teil am schlechten Bauwetter im ersten Quartal; bedeutsamer jedoch ist, daß die öffentlichen Investitionen im Durchschnitt der Jahre 1965 bis 1968 stagnierten. Lediglich die Vorratsinvestitionen haben einen ähnlich hohen Anteil an der Güterverwendung wie 1965.

Gegenüber dem Tiefpunkt der Jahre 1967 nahm allerdings die gesamte Investitionsquote von 18 vH auf 22 vH im ersten Halbjahr 1969 zu. Diese Verbesserung ging voll zu Lasten des Verbrauchs, vornehmlich des privaten Verbrauchs, während die Ausfuhrquote der Bundesrepublik nochmals etwas stieg — auf 20 vH der gesamten Güterverwendung. Immerhin hatte im ersten Halbjahr die Einfuhr eine höhere Zuwachsrate als die Ausfuhr. Die Außenhandelsverflechtung nahm zu, der Außenbeitrag tendenziell aber nicht ab. Ausgehend vom ersten Halbjahr 1965, als Ausfuhr und Einfuhr fast gleich groß waren, wuchsen bis 1969 — jeweils

Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts
Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH

	1967	1968	1968				1969	
			I	II	III	IV	I	II ¹⁾
Entstehung								
Land- und Forstwirtschaft	3	-1,5	-6	-8	1	7	8	10
Warenproduzierendes Gewerbe	-2,5	12	8	10,5	14	15	13,5	14,5
Handel und Verkehr	1	8,5	4	7	7	7,5	10	9,5
Dienstleistungen	7,5	8	7,5	7,5	8,5	9	9	10
Bruttoinlandsprodukt	1	9,5	6,5	8,5	11	12	11,5	12
Verteilung								
Private Haushalte	2,5	6,5	4	4,5	7	10	9,5	8
Nettolöhne und -gehälter	-0,5	5,5	2	4	6,5	8	8	10,5
Entnommene Gewinne	0,5	11,5	5	7	12	19	16	0,5
Übertragungen	11,5	5	8	4	3,5	3	7	8,5
Staat	-4,5	8,5	1	6	12	14	24,5	29,5
Unternehmen ²⁾	-8	80	245	88	69	33	-12	10,5
Übrige Welt ³⁾	2	10	5,5	0	-1,5	34	-14,5	-4,5
Nettosozialprodukt ⁴⁾	0,5	9,5	6,5	8,5	11	12	11,5	12,5
Verwendung								
Verbrauch	3,5	5	2,5	4	5	8	9,5	8,5
Privat	2,5	5,5	2,5	6	5,5	8	9,5	8
Öffentlich	6,5	3	4	-2	3	6	9,5	10
Anlageinvestitionen	-9,5	10,5	1	10,5	15,5	13	17	19
Bauten	-9,5	10	-0,5	11,5	11	15	0	10
Ausrüstungen	-9,5	11	2	10	21	11	33	30
Ausfuhr	8	13	10,5	4	17	19,5	10	20
Einfuhr	-1,5	12,5	11,5	7,5	18,5	13	19	22
Bruttosozialprodukt, nominal	1	9,5	6,5	8,5	11	12	11,5	12
Deflationierungsfaktor	0,5	1,5	1	1,5	2,5	2,5	2	3
Bruttosozialprodukt, real	0,5	8	5,5	7	8,5	9,5	9,5	9
davon: Arbeitsvolumen	-4	0,5	-0,5	-1,5	1,5	2	1	2,5
Produktivität	4,5	7,5	6	8,5	7	7,5	8,5	6,5

1) Schätzung. — 2) Nicht entnommene Gewinne und empfangene Übertragungen. — 3) Empfangene Übertragungen von inländischen Sektoren. — 4) Zu Marktpreisen.

nominal — die Ausfuhr um 52 vH, die Einfuhr um 38 vH, das Bruttosozialprodukt um 29 vH, die Ausrüstungsinvestitionen um 22 vH, die Bauinvestitionen um 14 vH.

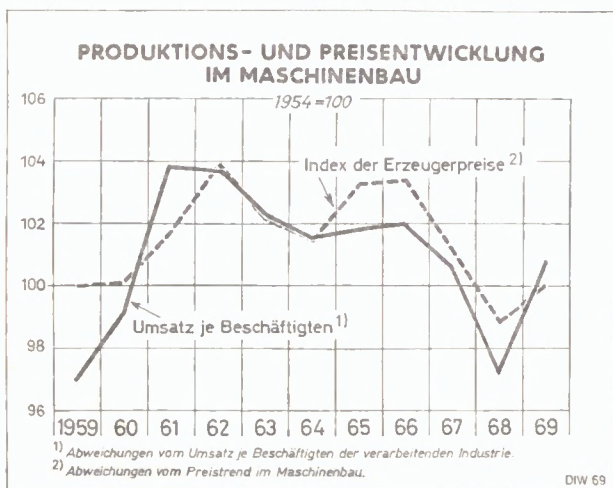
In erheblichem Maße konkurrieren Inland und Ausland um die Kapazitäten der Investitionsgüterindustrien. Jetzt fehlen die Kapazitätserweiterungen, die während der Rezession infolge der rückläufigen Inlandnachfrage nicht durchgeführt wurden. Im Maschinenbau, dem größten Investitionsgüterlieferanten, nahm beispielsweise von 1965 bis 1967 der Inlandumsatz im Jahresdurchschnitt um 10 vH ab, der Auslandumsatz um 30 vH zu. Die Ausfuhrquote stieg in zwei Jahren von 30 auf 38 vH; auf diesem Niveau hat sie sich 1968 ungefähr gehalten. Ziemlich parallel zu der verstärkt einsetzenden Inlandnachfrage stieg auch die Auslandsnachfrage. Die noch Mitte 1968 erwartete Verlagerung zum Inlandgeschäft trat nicht ein, sondern vom Ausland kamen zusätzliche Impulse für den Konjunkturaufschwung. Gemessen an den Auftragseingängen wuchs die Auslandsnachfrage im ersten Halbjahr 1969 sogar beträchtlich stärker als die Inlandnachfrage; allerdings nahmen die Auslieferungen im

Inland wesentlich rascher zu. Ein genauer Vergleich fällt schwer, da Spekulationen die Entwicklung der Ausfuhr erheblich verzerrten.

Insgesamt investierte die westdeutsche Wirtschaft im ersten Halbjahr schätzungsweise 34 Mrd. DM in Ausrüstungen — rund 40 vH mehr als im Tiefpunkt der Konjunktur vor zwei Jahren. Knüpft man wiederum an das Jahr 1965 an, so wurden von damals bis heute in der Summe der ersten Halbjahre 141 Mrd. DM investiert; im Durchschnitt der fünf Halbjahre also gut 28 Mrd. DM. Dieser Betrag liegt nur geringfügig über dem Ausgaben-niveau von 1965. Der Investitionsboom führte also bisher zu einem absoluten Ausgleich der Rezessionsverluste, zu mehr aber nicht. Hätte das Investitionswachstum ungebrochen angehalten, so wären schon bei einer jährlichen Zunahme um 6 vH die gesamten Bruttozugänge zum Anlagevermögen in den Jahren 1966 bis 1969 um 15 vH größer gewesen. Auf die Bestände an Anlagevermögen wirken sich derartige Wachstumsunterschiede kurzfristig zwar nur wenig aus (2 bis 3 vH). Längerfristig jedoch wäre das Wachstum ernstlich gefährdet,

wenn die Investitionsquote demnächst wieder sinken sollte.

Mit der vermehrten Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen sind auch die Preise für Ausrüstungen in Bewegung geraten. Nach letzten Meldungen lag im Maschinenbau der Nettopreis (ohne Mehrwertsteuer) im Mai um 3,5 vH über dem Vorjahrsstand. Die Verteuerungen für den Investor beliefen sich überwiegend auf 2,5 vH, da seit Januar die Investitionsteuer nur noch 7 vH beträgt. Von Januar bis Mai 1969 stiegen die Nettopreise um 1 vH; das entspricht einer Jahreszuwachsrate von 3 vH bei unveränderter Entwicklung. Die Preisindizes zeigen aber seit Januar abnehmende Zuwächse von Monat zu Monat. Auch wenn man dieser kurzfristigen Tendenz nicht traut, bleibt der für die nächste Zeit zu erwartende Preisanstieg im Bereich der Erfahrungswerte aus früheren Jahren. Sowohl 1956/57 als auch 1961/62 und 1965 — also in konjunkturell vergleichbaren Phasen — sind die Inlandpreise im Maschinenbau um jeweils 4,5 vH gestiegen. Immer wieder führte hier rege Nachfrage mit einer gewissen Verzögerung zu erheblichen Preissteigerungen. Die Produzenten von Investitionsgütern holten regelmäßig nur Einbußen auf, die sie im Abschwung und am Beginn eines Aufschwunges hinnehmen mußten.



Im Trend hatte der Maschinenbau beim Umsatz je Beschäftigten bisher die gleiche Entwicklung wie die verarbeitende Industrie insgesamt. In beiden

Fällen verdoppelte sich das Ergebnis von 1954 bis 1968, und auch 1969 ist weitgehende Übereinstimmung zu erwarten. Im einzelnen verlief die Entwicklung 1954/58 relativ gleich. Dann fiel der Maschinenbau 1959 zurück und holte 1961/62 auf. Der gleiche Ablauf deutete sich im Zeitraum 1964/66 nur an, wiederholte sich dann aber ausgeprägt seit 1967.

Im Maschinenbau sind die konjunkturellen Abweichungen vom eigenen Preistrend — wie das Schaubild zeigt — fast identisch mit den Abweichungen vom Umsatz je Beschäftigten in der verarbeitenden Industrie. 1968 mußte der Maschinenbau — wie auch 1959 — am Beginn des Aufschwungs relative Einkommensverluste hinnehmen. Jetzt zeigen die Preisindizes an, daß der Maschinenbau wieder gleichzieht und damit die Anpassung seines Einkommens an das industrielle Durchschnittsniveau vornimmt.

Aufgestaute Lohnforderungen

Ähnliche Anpassungen bestimmen gegenwärtig auch die Lohnentwicklung. Im ersten Halbjahr nahm das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit erstmals wieder proportional zum Brutto-sozialprodukt zu (+ 11 vH). Doch die größere Belastung der Bruttoeinkommen mit Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträgen verkürzte den Zuwachs der Nettolöhne auf 9 vH. Zusammen mit den Sozialeinkommen wuchs das sogenannte Masseneinkommen um 8,5 vH. Deshalb hat der private Verbrauch immer noch nicht mit der konjunkturellen Gesamtentwicklung Schritt gehalten.

Im Aufschwung stecken also noch Reserven. Nach dem Start vor zwei Jahren ist gewissermaßen die „letzte Stufe“ — die nachholende Verbrauchsnachfrage — noch nicht gezündet worden. In zwei Jahren stieg das Brutto-sozialprodukt doppelt so rasch wie die Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer: rund 20 vH zu 10 vH. Diese Relation überzeichnet freilich den Spielraum für nachholende Lohnsteigerungen. Sie macht aber deutlich, wie sehr die Gewerkschaften Grund haben, Forderungen zu stellen, die über die in der diesjährigen Zielprojektion der Bundesregierung empfohlenen Zuwachsraten hinausgehen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 und 53 Bonn, Adenauerallee 170
Tel.: (0311) 8 29 11 — telex 01 83247 diwbl

Präsident: Dr. Klaus Dieter Arndt

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Prof. Dr. Rolf Kregel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Peter Mitzscherling, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Für die wissenschaftliche Leitung des Instituts und für den Inhalt der Wochenberichte verantwortlich ist das Kollegium der Abteilungsleiter. Schriftleitung: Dr. Wolfgang Watter.

Weltwirtschaft im Zeichen restriktiver Kreditpolitik bearbeitet von Ingeborg Köhler-Rieckenberg und Fritz Franzmeyer. — Zwei Jahre Expansion in der Bundesrepublik bearbeitet von Oskar de la Chevalerie.

Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Büro-Technik G. m. b. H., 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43

Bezugspreis für den Jahrgang DM 32.—, vierteljährlich DM 9.—, Einzelnummer DM 1.—